

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1288, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonten: Sächsische Staatsbank,  
Dresden, Haupt d. Arbeiter, Anger-  
str. 11, Dresden, K. O., Dresden,  
Schubertstr. 10, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Einnahmen irgendwelcher Art, in es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezahler der Dresdner Volkszeitung seinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Neben-  
blatt: monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,00 M., außer-  
halb Deutschlands 18,00 M., Ausland: 20,00 M., 22,00 M., 24,00 M., 26,00 M., 28,00 M., 30,00 M., 32,00 M., 34,00 M., 36,00 M., 38,00 M., 40,00 M., 42,00 M., 44,00 M., 46,00 M., 48,00 M., 50,00 M., 52,00 M., 54,00 M., 56,00 M., 58,00 M., 60,00 M., 62,00 M., 64,00 M., 66,00 M., 68,00 M., 70,00 M., 72,00 M., 74,00 M., 76,00 M., 78,00 M., 80,00 M., 82,00 M., 84,00 M., 86,00 M., 88,00 M., 90,00 M., 92,00 M., 94,00 M., 96,00 M., 98,00 M., 100,00 M.

Verwaltung: Meißnerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261, Dresd-  
en, Kundendienst von 12 bis 1 Uhr  
Schäftsstelle: Meißnerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707,  
Geschäftszeit von 7 bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 25 Pf., die  
90 mm breite Reflektanzzeile 2 M., für auswärts 40 Pf., 2,50 M.,  
abwärts Breitenlegung laut Tarif, Familienangelegen. 50 Pf., 1,  
Wiedergabe 20 Pf., netto, für Kleinanzeigen 10 Pf., Einzelz. 10 Pf.

Nr. 90

Dresden, Montag, den 18. April 1932

43. Jahrgang

## Neinfall der Diktaturanbeter

Der gescheiterte Volksentscheid - Niederlage der Renner, Studentkowski u. Co.  
Nur 36 Prozent für Landtagsauflösung

### Der Durchfall

Das war gestern die dritte Niederlage, die sich die mit den Kommunisten vereinte nationale Opposition seit dem 13. März holte. Nur ein reichliches Drittel der sächsischen Wähler interessierte sich für die Auflösung des sächsischen Landtags. Von 3 644 047 Wahlberechtigten gingen nur 1 332 254 zur Abstimmung. Mindestens 1 832 024 Wähler hatten den Gang zur Urne antreten müssen, wenn die Auflösung des Landtags erfolgen sollte. Mit den Nein-Stimmen und den ungültigen Stimmzetteln sind rund 74 000 von der Beteiligung abzugehen, so daß etwa 36 Prozent für die Auflösung des Landtags stimmten.

Sinter den beiden Entscheidungen zur Reichspräsidentenwahl bleibt das gestrige Resultat erheblich zurück. Gegenüber dem 13. März verloren die Volksentscheidsparteien 450 000 Stimmen, und von der Stimmzahl des 10. April blieben sie 200 000 Stimmen ein. Von den Dresdner Wählern entschieden sich 26 Prozent, von den Leipziger Wählern etwa 38 Prozent für die Landtagsauflösung. Stärkere Hilfe kam den Volksentscheidsparteien vom flachen Lande und aus Ost- und Westsachsen. Es zeigt sich auch an dieser Entscheidung, daß nationalsozialistische Betörung und Antifaschistischer Druck sich auf dem Lande stärker entfalten konnten als in den großen Städten.

Am Volksbegehren und an den Entscheidungen der Präsidentschaftswahl konnte der nüchtern abwägende Wähler erkennen, daß der Volksentscheid schwerlich durchgehen werde. Aber durch das Verbot der SA wurden die Hoffnungen namentlich im Ruzilager stärker angefaßt. Man bildete sich da drüben über die Partei hinaus beträchtliche Wählermassen zur Symbolisierung für die braunen Garden an die Urne treiben zu lassen. Die Volksentscheidsparteien der letzten Tage bestritten die Nazis nahezu nur mit Krampfen gegen das SA-Verbot. Auf Wajiplakaten konnte man lesen, daß diese Aufhebung der sächsischen Privatarmee den letzten Mann zum Protz auf die Weine bringen müßte. Hornentbrannt löste das sächsische Ruzilblatt noch am Sonnabend draußlos:

Wollt ihr das bezeitige Verbot sobald als möglich beseitigen, so seht eure ganze Kraft ein, stimmt es jedem sächsischen Volksgenossen ins Gesicht ...

Nun, nahezu zwei Drittel der Volksgenossen haben sich dafür bedankt, die Interessen der sächsischen Privatarmee mit Volksinteressen zu vertauschen. Nahezu zwei Drittel der Wähler kümmerten sich um die nationalsozialistischen Tiraden, wenig um die kommunistischen und dokumentierten im übrigen, daß sie eine Auflösung des sächsischen Landtags in der gegenwärtigen Zeit für Unsinn halten.

Wie nach dem berunglückten preussischen Volksentscheid, so werden sich die nationalsozialistisch-kommunistischen Bundsgenossen einander auch diesmal Wahlflauheit vorwerfen. Sie werden einander wiederum die Schuld am Durchfall in die Schuhe schieben. Aber das Wahrscheinliche ist, daß sich auf beiden Seiten beträchtliche Wählermassen seitwärts in die Weiden schlagen, daß sowohl kommunistische wie nationalsozialistische und andere konservative Wähler in beträchtlicher Zahl nicht mitmachen und über das Durcheinander der Parteien den Kopf schütteln! Das ist für alle Beteiligten peinlich. Die Nationalsozialisten rissen das Maul am weitesten auf, und die Kommunisten waren die Gefangenen ihrer eigenen Dummheit. Denn wenn sie sich in Preußen nach langem Schwanken schließlich am Volksentscheid gegen die sozialistisch-republikanische Regierung beteiligten, so ergab daraus für ihre Haltung in Sachsen eine böse Zwangsangelegenheit. Sollten sie wieder warten, bis die Reaktionsparteien Nummer einleiteten? Sie zogen vor, sich durch eigene Initiative lächerlich zu machen, sie eröffneten das Volksgeschehen. Aber ein Anhängel der Reaktion wurden sie auch, denn die führte den ganzen Kampf mit erheblich größerem Erfolg. Im Laufe der Zeit machte es den Eindruck, als sei den Kommunisten die Angst vor der eigenen Courage gekommen. Sie wissen, was es bedeutet hätte, wenn nach dem Landtagsauflösung einige mittelparteiliche Parteien an die Nazis hopps gegangen wären und in Sachsen ein sächsisches Regime nach Braunschweiger Muster gebildet. Das war vor allem einem großen Teil ihrer Anhänger klar. Die zogen daraus die Konsequenzen und machten, was in Preußen, nur recht mangelhaft mit. Ein großer Teil der Kommunisten — das erkennen mehrere Gerichten auch an der

### Stimmenzahlen vom Volksentscheid

Wahlkreis Dresden-Vogau			Wahlkreis Chemnitz-Zwickau		
Volksentscheid 17. April	Reichspräsidentenwahlen 10. April	13. März	Volksentscheid 17. April	Reichspräsidentenwahlen 10. April	13. März
Ja . . . . . 414 099	Ginzenburg 640 839	605 874	Ja . . . . . 613 537	Ginzenburg 445 023	410 310
Nein . . . . . 15 858	Sittler . . . 434 956	342 989	Nein . . . . . 25 849	Sittler . . . 557 464	487 879
Ungültig . . . 6 002	Thälmann . 110 481	148 416	Ungültig . . . 9 893	Thälmann . 177 660	236 063
Zusammen: 435 959	Duesterberg (—)	77 416	Zusammen: 649 279	Duesterberg (—)	55 653
	Winter . . . (—)	7 347		Winter . . . (—)	3 574

  

Wahlkreis Leipzig			Sachsen insgesamt		
Volksentscheid 17. April	Reichspräsidentenwahlen 10. April	13. März	Volksentscheid 17. April	Reichspräsidentenwahlen 10. April	13. März
Ja . . . . . 290 406	Ginzenburg 449 085	455 279	Ja . . . . . 1 318 042	Ginzenburg 1 534 947	1 491 463
Nein . . . . . 11 735	Sittler . . . 296 207	237 665	Nein . . . . . 53 442	Sittler . . . 1 288 627	1 068 533
Ungültig . . . 4 875	Thälmann . 121 640	145 001	Ungültig . . . 20 770	Thälmann . 409 751	529 410
Zusammen: 307 016	Duesterberg (—)	36 412	Zusammen: 1 392 254	Duesterberg (—)	169 431
	Winter . . . (—)	8 918		Winter (—)	14 839

In ganzen waren bei dem Volksentscheid 3 644 047 Stimmberechtigte. Für das Gelingen des Volksentscheides wäre demnach die Vorbedingung gewesen, daß 1 832 024 Wähler, über 50 Prozent der Stimmberechtigten, teilgenommen hätten. Es haben sich aber nur 1 332 254 Personen beteiligt, etwa 38 Prozent aller Stimmberechtigten. In den beiden Wahlkreisen Dresden-Vogau und Leipzig war aber dieser Prozentfuß von noch nicht ein Drittel der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt, nur im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau war die Beteiligung eine größere, dort haben sich von 1 332 299 Wahlberechtigten rund 650 000 an der Wahl beteiligt. Aber auch hier ist nicht die Hälfte der Stimmberechtigten zur Wahl gegangen.

Trotzdem immer wieder in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß diejenigen, die nicht mit Ja stimmen wollten, entweder nicht zur Wahl gehen oder keine Umschlüge abgeben sollten, ist doch die Zahl der Nein-Stimmen und der ungültigen Stimmen nicht unerheblich. Es wurden insgesamt in Sachsen etwa 75 000 berartige Stimmen abgegeben, das sind rund 5 Prozent aller überhaupt abgegebenen Stimmen. Vergleicht man die Ja-Stimmen mit der Zahl der bei der Reichspräsidentenwahl abgegebenen Stimmen, so sieht man, daß in den Wahlkreisen Dresden und Leipzig die Zahl der Ja-Stimmen unter der Zahl der Stimmen zurückbleibt, die für Sittler allein am 10. April abgegeben wurden. Nur im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau wieder übersteigt die Zahl der Ja-Stimmen die Stimmzahl Sittlers am 10. April.

## Hitler von Kreuzer subventioniert

SPD, Stockholm, 18. April. (Eigener Funf.) Das Zentralorgan der schwedischen Sozialdemokratie stellt fest, daß die Durchsicht der von Kreuzer hinterlassenen Papiere ergeben habe, daß dieser Betrüger nicht nur den Faschismus in Spanien, sondern auch die Hitlerianer in Deutschland unterstützt habe. Es sei eine Quittung über 100 000 Mark von Hitler gefunden worden.

### Die Schiebung Hitlers

Seine „senftsafts Beamtentätigkeit“ war Schwindel  
M. Braunschweig, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Hitler hat, wie ein Klages nachstehendes Blatt meldet, um die Verabschiedung aus dem braunschweigischen Staatsdienst und bis zur Erledigung der Ver-

abschiedung um weiteren Urlaub beim braunschweigischen Generalen in Berlin ersucht. Mit Ablauf des Monats April würde Hitler somit Regierungsrat a. D. mit Pensionsberechtigung sein. Damit sind die Scheintätigkeit seiner Ernennung und der Schwindel der braunschweigischen Regierungsparteien entlarvt. Das Ganze war nur eine abgefeimte Schiebung, um dem Präsidentschaftskandidaten auf Schleichwegen die Staatsangehörigkeit zu ergattern. Die Gründung des schwindelhaften Dritten Reiches begann mit einem Schwindel — und endete auch damit.

### Drohungen aus Necklamesucht

D. Berlin, 18. April. (Eig. Funf.) Der ewige Schwäher und Necklamescher für sich selbst, Herr Sittler aus Braunau, hat ein — Disziplinarverfahren gegen sich beantragt, weil er nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts behauptet haben soll, daß die Auflösung der SA unter dem Druck von Frankreich erfolgt sei. Gleichzeitig hat der Reichsheld für die Dauer des Verfahrens pathetisch um seine „Suspendierung von seinen Amtsgeschäften“ bei der braunschweigischen Gefandtschaft, die er übrigens niemals ausgeübt hat, obwohl er seit Wochen das Gehalt eines Regierungsrats bezieht, ersucht. Aber damit noch nicht genug: Herr Sittler will hat er zugleich Strafentwurf gegen den Chefredakteur des Berliner Tageblatts und den verantwortlichen Redakteur dieser Zeitung gestellt. Das Vertrauen zur Justiz von heute ist bei diesem Scharlatan und Bekämpfer des „Systems“ ungeheuer groß.

### Die Zerschläger an der Arbeit

Nicht Reichsbannertraktanden überfallen  
S. Breslau, 18. April. (Eig. Funf.) Am Sonntag vormittag wurden auf dem Königsplatz in Breslau acht Reichsbannerleute von etwa 100 Nationalsozialisten überfallen. Die Reichsbannerleute wurden niedergeschlagen und mit Schlagringen und Stahlruten in brutaler Weise mißhandelt. Alle acht trugen erhebliche Verletzungen davon.

Stimmung in den Betrieben — hat es satt, fortgesetzt als Anhängsel der Reaktion aufzutreten.  
Wie der preussische, so war auch dieser Volksentscheid eine leichtsinnige, überflüssige Aktion. Die Anwendung dieses Volksrechts hat nur Sinn, wenn es sich um größere Angelegenheiten der Nation handelt, als sie hier zur Debatte standen. Was bleibt von dem Rummel übrig? Für die Volksentscheidsparteien eine neue Blamage, für das übrige Volk überflüssige, sinnlose Kosten. Diese gewaltige Vergeudung von Volkskraft, dieser Rummel in Notzeiten, in denen es darauf ankäme, in den Parlamenten durch entsprechende praktische Arbeit und Zusammenfassung der freibütlichen Volkskräfte wirkliche Reformen zu erzielen, diese tramsige, hysterische Agitationstour, die ohne jeden Sinn für Zeitlofen ist, das alles darf den Reaktionsparteien und ihrem kommunistischen Anhängel nicht vergehen.  
R. G.